

# BACKBORD

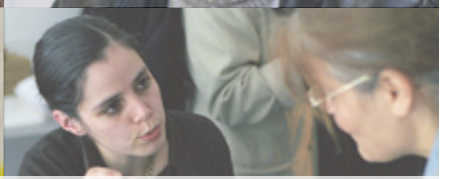
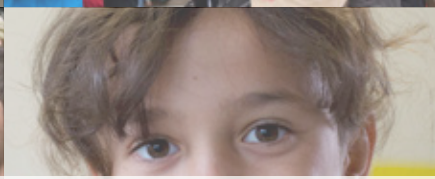
Zeitung der Fraktion DIE LINKE  
in der Hamburgischen Bürgerschaft

Sommer 2016

## SOZIALE STADT HAMBURG:

# DAS MUSS DRIN SEIN

ZUSÄTZLICHE SOZIALWOHNUNGEN • LEBENSWERTE STADTTTEILE  
MEHR PERSONAL FÜR KITAS • SICHERUNG SOZIALER EINRICHTUNGEN  
UNTERSTÜTZUNG FÜR LANGZEITARBEITSLÖSE • SPORT FÜR ALLE ...



<b>Ein Jahr Rot-Grün: Chancen vergeben .....</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Druck von Links: Opposition in der Bürgerschaft .....</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Abstimmungs-Bedarf: Hamburg diskutiert über Volksentscheide .....</b>	<b>Seite 6</b>
<b>“Sanktionsfrei”: Inge Hannemann kämpft gegen Hartz IV .....</b>	<b>Seite 8</b>



# EIN JAHR ROT-GRÜN: CHANCEN VERGEBEN

Seit etwas mehr als einem Jahr ist der rot-grüne Senat nun im Amt. Die Probleme der Stadt sind offensichtlich: Hohe Mieten, Armut, soziale Spaltung. Doch der Senat kümmert sich lieber um Prestigeprojekte wie Olympia, den G20-Gipfel und die schwarze Haushalts-Null



## Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

vor gut einem Jahr wählte die Hamburgische Bürgerschaft Olaf Scholz erneut zum Ersten Bürgermeister. Unsere Fraktion stimmte damals gegen ihn und gegen den rot-grünen Senat. Rot-Grün behauptet, für neue Ideen, Aufbruch, Umwelt und soziale Gerechtigkeit zu stehen. Doch die Hamburger SPD ist schon lange keine Partei der kleinen Leute mehr und die Grünen sind längst die ökologische Interessenvertretung der Besserverdienenden.

Das hat auch das vergangene Jahr gezeigt. Denn genau in diesem Sinne haben Scholz & Co. Politik gemacht. Für Bankenrettung, Olympia, Elbphilharmonie und Hafencity haben sie stets genügend Geld locker gemacht. An vielen sozialen Projekten aber lassen sie die aktuell gute wirtschaftliche Lage vollkommen vorbegehen. Wir meinen, dass Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen, Beratungsstellen, die gesundheitliche Versorgung, Sport und Stadtteilkultur vernünftig unterstützt werden müssen, damit Politik allen in Hamburg zugute kommt.

Wir schlagen eine soziale Offensive für Hamburg vor. Dafür haben wir ein Sofortprogramm vorgelegt, das zeigt, wie Hamburg zur Stadt für alle werden könnte. Investitionen in die soziale Infrastruktur anstatt in Leuchtturmprojekte für wenige. Das vergangene Jahr hat gezeigt: Unter Rot-Grün müssen wir uns erst recht stark machen für eine solidarische Gesellschaft!

**Herzlich, Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir**  
(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)

## Beispiel SOZIALE SPALTUNG

Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist eindeutig: Hamburg ist Hauptstadt der Altersarmut. Nirgendwo in Deutschland sind mehr alte Menschen auf Sozialleistungen angewiesen. Solange immer mehr Menschen in schlecht bezahlte Beschäftigungen abrutschen, solange Unternehmen auf Leiharbeit, Aufstocken und Billig-Praktika setzen, wird das Problem noch zunehmen.

**Was könnte Rot-Grün tun? >>> Einen Hamburger Mindestlohn von 13 Euro beschließen. Denn nur faire Löhne schützen wirksam vor Altersarmut!**



## Beispiel PRESTIGEPROJEKTE



Der Olympia-Traum ist zum Glück geplatzt, doch schon ist das nächste Großspektakel in Planung. Im kommenden Jahr wird wohl der G20-Gipfel nach Hamburg kommen, also die Staatsoberhäupter der 20 wirtschaftsmächtigsten Länder der Welt. Als die LINKE in der Bürgerschaft nachfragte, welche wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Effekte von der Ausrichtung dieses sündhaften Eliten-Spektakels zu erwarten seien, erhielt sie als offizielle Antwort: "Der Senat hat sich damit nicht befasst." Besser kann man nicht auf den Punkt bringen, wie in Hamburg Politik gemacht wird.

**Was könnte Rot-Grün tun? >>> Politik machen, die den Bedürfnissen der Bürger/innen der Stadt zugute kommt und nicht der Selbstbeweihräucherung der Eliten.**

## Beispiel UMWELTSCHUTZ

Von den Grünen (damals in der Koalition mit der CDU) genehmigt, von den Grünen (jetzt in der Koalition mit der SPD) eingeweiht: Das Kohlekraftwerk Moorburg ist endgültig am Netz. Auch das Kraftwerk Wedel pustet weiter Schadstoffe in den Himmel. Noch immer werden zwei Drittel des Hamburger Stroms mit Kohle erzeugt! Gleichzeitig überschreitet Hamburgs Luft immer wieder die Schadstoffgrenzwerte, ohne dass dagegen wirksam vorgegangen wird. Der Umweltverband BUND will den Senat deshalb jetzt mit der Drohung eines Zwangsgeldes unter Druck setzen.

**Was könnte Rot-Grün tun? >>> Raus aus Kohle- und Atomkraft, Klimaziele raufsetzen, Atomtransporte durch Hamburg stoppen.**



## Beispiel WOHNUNGSBAU



In Hamburg wird wieder mehr gebaut, und das ist richtig so. Doch leider sind es meistens die falschen Wohnungen, die da neu entstehen! Denn obwohl jeder zweite Hamburger Haushalt Anspruch darauf hat, werden nur etwa 30 Prozent der 10.000 jetzt geplanten Wohnungen preisgünstige Sozialwohnungen sein. Die anderen 70 Prozent kommen direkt auf den freien Markt, wo sie als Neubauten von der Mietpreisbremse ausgenommen sind und die Mieten insgesamt weiter steigen lassen.

**Was könnte Rot-Grün tun? >>> Sozialen Wohnungsbau stärker fördern, Sozialbindungsfristen verlängern, mit einer Task-Force gegen Leerstand und Zweckentfremdung vorgehen.**

## Beispiel SCHULEN



Stadtteilschulen und Gymnasien driften immer weiter auseinander. Während die Gymnasien fast inklusionsfreie Zonen sind, müssen die Stadtteilschulen die gesellschaftlichen Probleme nahezu alleine schultern: Integration und Inklusion wird denen überlassen, die es ohnehin schwer haben. Die Folge: Eltern melden ihre Kinder massenhaft auf Gymnasien an, wovon sie dann später massenhaft wieder "abgeschult" werden – ein unhaltbarer Zustand!

**Was könnte Rot-Grün tun? >>> Gymnasien stärker in die Pflicht nehmen, Stadtteilschulen mit mehr Ressourcen stärken. Das überkommene Zwei-Säulen-Modell endlich abschaffen.**

## Beispiel STEUERFLUCHT



Die ganze Welt redet über die "Panama Papers". Milliardensummen werden an der Steuer vorbei in Briefkastenfirmen und Steueroasen geleitet. Dass es ihnen so leicht gemacht wird, liegt auch an der Hamburger Politik: Seit Jahren bemängelt der Rechnungshof, dass Steuerkriminalität es viel zu leicht haben, weil viel zu wenig Steuerprüfung stattfindet. Auch eine Bankenaufsicht findet nicht wirklich statt.

**Was könnte Rot-Grün tun? >>> Endlich durchsetzen, dass auch die Reichen ihre Steuern zahlen! Dazu gehören mehr Steuerprüfer/innen und eine wirksame Kontrolle der Geldhäuser.**

## Beispiel WAFFENEXPORTE

Kriege in Nordafrika und im Nahen Osten eskalieren, geschossen wird auch mit deutschen Waffen. Deutschlands Rüstungsexporte stiegen zuletzt stark an – auf 7,5 Milliarden Euro. Hamburg spielt in diesem Geschäft eine unrühmliche Rolle. Wie Anfragen der Linksfraktion Hamburg ans Licht gebracht haben, werden im Durchschnitt 55 Tonnen Waffen und Munition in unserem Hafen auf Schiffe verladen – jeden Tag!

**Was könnte Rot-Grün tun? >>> Den Hamburger Hafen für Rüstungsexporte sperren, Militärforschung an Hamburgs Hochschulen beenden!**



## Beispiel JUGENDHILFE



Seit Jahren macht die Hamburger Jugendhilfe Schlagzeilen. Immer wieder werden Schicksale von Kindern und Jugendlichen bekannt, die unter behördlicher Aufsicht standen und dennoch Opfer von Misshandlungen wurden: Die Fälle Tyler, Yagmur und Chantal machten deutlich, dass in Hamburgs Behörden einiges schief läuft. Gleiches gilt für die Skandale um Hamburgs Jugendheime: "Haasenburg" und "Friesenhof" wurden nach Misshandlungsvorwürfen bereits geschlossen, zurzeit werden neue Vorwürfe gegen weitere Heime geprüft.

**Was könnte Rot-Grün tun? >>> Anstatt die Schuld immer bei Einzelnen zu suchen, muss Hamburgs Jugendhilfe insgesamt auf den Prüfstand und mit Hilfe externen Sachverständigen in einer Enquete-Kommission neu aufgestellt werden.**

# DRUCK VON LINKS: OPPOSITION IN DER BÜRGERSCHAFT

Bürgermeister Olaf Scholz regiert im Sinne der Wirtschaftskonzerne. Die Grünen sind längst zur Partei der Besserverdienenden geworden. Für die Interessen von Leuten mit normalen und kleinen Einkommen gibt es inzwischen nur noch eine Kraft: DIE LINKE. Zehn Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft setzen sich ein für ein Hamburg für alle – nicht nur für diejenigen mit dicken Portemonnaie



## Für eine **moderne Verkehrspolitik:** **Heike Sudmann, Stadtplanerin**

**M**obilität für alle – mit weniger Verkehr? Das ist ökologisch und sozial der richtige Weg. Unsere verkehrspolitische Sprecherin will den öffentlichen Nahverkehr radikal aus- und umbauen. Ein besseres Angebot, preiswerter und langfristig sogar fahrscheinfrei!

## Für **Refugees Welcome:** **Christiane Schneider, Schriftsetzerin**

**W**ie können wir es schaffen, Menschen in unserer Stadt aufzunehmen, die vor Krieg, Armut und Gewalt fliehen mussten? Unsere flüchtlingspolitische Sprecherin macht sich stark für eine menschenwürdige Behandlung von bedrohten und verfolgten Menschen. Obergrenzen und Abschiebungen lösen kein einziges Problem!



## Für ein **wirklich grünes Hamburg:** **Stephan Jersch, Informatiker**

**M**uss es eigentlich so sein, dass sich Umweltpolitik stets wirtschaftlichen Interessen unterordnet? Unser umweltpolitischer Sprecher meint, dass Appelle allein nicht reichen, wenn wir die Umwelt wirksam schützen wollen. Hamburg muss konsequent handeln um die Natur zu schützen, das Klima zu retten und die Energie- wende endlich zu verwirklichen!



## Für eine **Friedensstadt Hamburg:** **Martin Dolzer, Soziologe**

**W**ie kann es sein, dass es noch immer Waffenexporte in Krisenregionen gibt? Unser friedenspolitischer Sprecher will, dass die Ausfuhr von Waffen und Munition über den Hamburger Hafen gestoppt wird und die Rüstungsbetriebe ihre Produktion auf zivile Güter umstellen. Hamburg soll Tor zur Welt sein, nicht Tor zum Tod in der Welt.

## Für **Breitensport statt Eventsport:** **Mehmet Yildiz, Elektriker**

**W**ie kann es sein, dass der Bürgermeister von Hamburg als Olympiastadt träumt, gleichzeitig aber die Sportplätze verfallen lässt? Unser sportpolitischer Sprecher findet, dass Bewegung nicht nur gesund ist, sondern die Gesellschaft zusammenhält und die Integration fördert. Die Stadt muss deshalb dafür sorgen, dass Vereinen und Schulen die bestmöglichen Turnhallen und Sportplätze zur Verfügung stehen!



## Mehr Gerechtigkeit, Gegenwind für die Reichen und Mächtigen: Die Linksfraktion macht sich stark für eine sozialere Stadt

## Für eine **gute Gesundheitsversorgung für alle:** **Deniz Celik, Politikwissenschaftler**

**D**arf es sein, dass Menschen mit niedrigen Einkommen früher sterben als reiche Menschen? Unser gesundheitspolitischer Sprecher will, dass alle Menschen gesunde Lebensverhältnisse und unabhängig vom Geldbeutel eine gute, solidarisch finanzierte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung haben. Schluss mit Privatisierungen, Sparprogrammen und Pflegenotstand im Gesundheitsbereich!



## Für die **Stärkung der Schwachen:** **Inge Hannemann, ehemalige Jobcenter-Mitarbeiterin**

**D**arf man Arbeitslose dafür bestrafen, dass sie arbeitslos sind? Unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin will Schluss machen mit dem Hartz-IV-Unrechtssystem. Sie kämpft gegen Strafmaßnahmen und Schikanen für ALG II-Leistungsberechtigte und für eine sanktionsfreie Grundsicherung für alle Menschen.

## Für eine **Schule für alle:** **Sabine Boeddinghaus, Erziehungswissenschaftlerin**

**W**arum haben wir eigentlich immer noch ein Zwei-Klassen-Schulsystem wie zu Kaisers Zeiten? Unsere schulpolitische Sprecherin will, dass die soziale Spaltung in der Schule beendet wird. Das erhöht die Bildungschancen für alle und macht die Schule insgesamt leistungsfähiger, wie ein Blick auf andere Länder zeigt.



## Für ein **soziales Hamburg:** **Cansu Özdemir, Studentin**

**W**ie geht eine Stadt, die zu den reichsten Europas gehört, mit denen um, die wenig haben? Unsere sozialpolitische Sprecherin setzt sich ein für ein gerechtes Hamburg, das nicht weiter in reich und arm gespalten ist. Sie kämpft für die Rechte von Obdachlosen, Armen, Benachteiligten und Behinderten.



## Für **Kultur ohne Kommerz:** **Norbert Hackbusch, Dokumentar**

**W**arum setzt Hamburgs Kulturpolitik eigentlich so sehr auf Events, Musicals und Großprojekte wie die Elbphilharmonie? Unser kulturpolitischer Sprecher findet, dass Kultur mehr sein muss als ein Tourismusmagnet. Stadtteilkultur, Theater, kleine Clubs und Initiativen wie das Gängeviertel sind für die Hamburger/innen wichtiger – für sie sollte die Stadt deutlich mehr tun!



## RASSISMUS IST KEINE ALTERNATIVE

Die "Alternative für Deutschland" (AfD) präsentiert sich als neue, unverbrauchte Kraft – doch ihre Rezepte stammen aus dem 19. Jahrhundert: Ausgrenzung, Nationalismus, Kapitalismus, Intoleranz. Die AfD will Steuererleichterungen für Reiche, will Wehrpflicht und Atomkraft wieder einführen und nichts gegen den Klimawandel tun, den sie für eine Erfindung hält. Am schlimmsten aber ist die rassistische Hetze, welche die AfD verbreitet und die das Klima in unserem Land vergiftet. In der Bürgerschaft setzen wir uns gegen die Rechten zur Wehr, indem wir bei Rassismus am Rednerpult entschieden eingreifen, wie zuletzt, als AfD-Mann Ludwig Flocken gegen Muslime hetzte und auf unsere Initiative hin von der Sitzung ausgeschlossen wurde. Über die Aktivitäten der AfD informieren wir zudem in einem regelmäßigen Newsletter, der unter [newsletter@linksfraktion-hamburg.de](mailto:newsletter@linksfraktion-hamburg.de) bestellt werden kann (erscheint ca. alle 3-4 Wochen).

# ABSTIMMUNGS-BEDARF

**Direkte Demokratie boomt: Noch nie gab es so viele Volksbegehren, Volksinitiativen, Volksentscheide wie zurzeit – und das ist gut so! Denn ganz Hamburg spricht nun über politische Projekte, die früher nur von wenigen Fachleuten diskutiert**

**worden wären. Und am Ende entscheiden keine Behörden, Senator/inn/en oder Abgeordnete, sondern die Wähler/innen selbst – übrigens auch gerne gegen bestehende Mehrheiten in der Bürgerschaft! DIE LINKE war schon immer für Volks-**

## GUTER GANZTAG: Warum wir **DAFÜR** sind



**Hamburgs Schulen haben sich stark verändert in den letzten Jahren: Die meisten sind inzwischen zu Ganztagschulen geworden. Doch die Umstellung ging vielfach auf Kosten der Qualität. Weil der Senat sich weigert, den Schulen die notwendigen Mittel für eine hochwertige Betreuung der Schulkinder bereitzustellen, macht eine Volksinitiative nun erfolgreich Druck – mit unserer Unterstützung**

**G**anztagschulen in Hamburg sind eigentlich ein Erfolgsmodell. Mehr als 80 Prozent der Schüler/innen

nutzen inzwischen die kostenlosen Betreuungsangebote bis 16 Uhr. Dennoch ist die Stimmung schlecht bei Eltern, Schüler/innen und Lehrkräften. Denn zur Realität an den Schulen gehört, dass Schüler/innen vielerorts mehr verwahrt als betreut werden. Gespart wird am pädagogischen Personal, am Kantinenessen, an den Räumlichkeiten. Vor allem Letzteres ist ein Problem. Denn Ganztag bedeutet ja nicht, einfach den Unterricht zu verlängern. Sondern den Kindern Betreuungsangebote zu machen, die über das gewohnte schulische Programm hinausgehen. Dazu bedarf es beispielsweise Toberäume, Rückzugsräume oder Werkstätten – einfach ein Sofa ins Klassenzimmer zu stellen, reicht jedenfalls nicht aus. Und selbst das passiert nicht überall.

Kein Wunder, dass insgesamt 15.000 Menschen für einen besseren Ganztag unterschrieben haben: „Wir fordern spürbare Korrekturen der Rahmenbedingungen für alle Ganztags-Standorte. Ganzheitliche Bildung von Kindern bedarf einer hohen Qualität und einer guten Finanzierung. Jede Schule, an der sich Kinder von morgens bis abends aufhalten, muss auch dafür ausgestattet sein“, heißt es bei der Initiative.

Selbstverständlichkeiten, eigentlich. Doch der Senat, der unbedingt die

schwarze Haushalts-Null halten will, sieht in den Schulen offenbar nach wie vor Sparpotenzial, was sich zum Beispiel beim Schulessen bemerkbar macht. „Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, frisch vor Ort zubereitetes Essen und einen ganztägig nutzbaren Kantinenbereich an jedem Standort zu gewährleisten, der die Versorgung der Kinder übernimmt“, heißt es deshalb bei der Initiative „Guter Ganztag“. „Die Kinder sollen ihre Mahlzeiten mit pädagogischer Begleitung, mit genügend Zeit, in lärmgeschützter Atmosphäre einnehmen können.“

Auf dem Weg gebracht wurde die Initiative für den „Guten Ganztag“ von engagierten Eltern, die sich mit der Sparpolitik von Rot-Grün nicht abfinden wollten. Unterstützt werden sie von Gewerkschaften, Verbänden und teilweise auch von den Schulen selbst. Denn sie sind es ja, die mit der unzureichenden Finanzierung durch die Behörde am meisten zu kämpfen haben. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich seit Jahren für eine Umstellung auf den schulischen Ganztag ein, hat aber stets betont, dass die Qualität der Betreuung nicht vernachlässigt werden darf. Leider ist es gekommen wie befürcht-

et. Die Volksinitiative ist aus Sicht der LINKEN deshalb eine hervorragende Möglichkeit, den Schulsenator unter Druck zu setzen. Schon jetzt musste er sich mehrfach öffentlich mit den Anliegen der Volksinitiative auseinandersetzen, was er allerdings in einer vollkommen inakzeptablen Weise tat. Anstatt auf die Forderungen der Eltern und Erzieher/innen einzugehen, redete er die Situation

bislang stets schön und versucht, das Anliegen der Initiative mit fragwürdigen Behauptungen zu diskreditieren. Aber genau für solche Fälle eignen sich Volksentscheide ja hervorragend. Denn sollte er sich weiterhin weigern, strukturelle Verbesserungen bei Ganztagschulen vorzunehmen, können die Hamburger/innen ihn mit ihren Kreuzen auf den Abstimmungszetteln schlichtweg dazu zwingen.



**Ganztagschulen sind eine Riesenchance für Kinder. Wenn sie richtig gemacht und bedarfsgerecht ausgestattet sind. Die Kinder haben mehr Zeit zum Lernen und natürlich auch für Kreativität, Bewegung, Neues ausprobieren. Doch das geht nur, wenn die Voraussetzungen da sind, und daran hapert es noch an vielen Schulen. Benötigt werden neben geeignetem Personal vor allem Räumlichkeiten. Doch all das kostet Geld, das der Senat nicht im benötigten Maß bereitstellen will.**

## FLÜCHTLINGS-VOLKSINITIATIVE: Warum wir **DAGEGEN** sind

**Angeblieh geht es den Initiator/inn/en der Volksinitiative gegen Flüchtlings-Großsiedlungen um bessere Integration. Faktisch aber würde die Umsetzung ihrer Pläne bedeuten, dass Flüchtlingen die Obdachlosigkeit droht. Das weiß auch die politische Rechte und unterstützt die Volksinitiative. Die distanziert sich zwar. Letztlich aber spielt sie AfD & Co. in die Hände. Auch deshalb lehnen wir sie ab**

**H**amburg macht Fehler bei der Unterbringung von Flüchtlingen – zu viele Fehler. Selbst wenn man in

Rechnung stellt, dass die Behörden vom Anstieg der Zahlen im vergangenen Jahr überrascht wurden, so ist doch einiges alles andere als optimal gelaufen. So mussten Flüchtlinge lange in Zeltsiedlungen hausen, die zum Teil trotz winterlicher Kälte nicht vernünftig beheizt werden konnten. Auch die hygienischen Umstände waren und sind mitunter miserabel. Zu wenig Personal in den Behörden führte zu Überlastung von Mitarbeiter/innen und zu unverhältnismäßig langen Wartezeiten für die Flüchtlinge. Ohne das Engagement zahlloser Freiwilliger und Ehrenamtlicher wäre alles zusammengebrochen. Viele Menschen in den Stadtteilen fühlten sich zugleich von der Errichtung neuer Flüchtlingsheime überrumpelt.

Der daraus entstandene Widerstand gegen einzelne Bauprojekte führte schließlich zu einer stadtweiten Volksinitiative gegen Großsiedlungen, die die erforderlichen 10.000 Unterschriften in Rekordzeit sammeln konnte.

Die Fraktion DIE LINKE hat die Unterbringung der Flüchtlinge in Hamburg stets kritisiert, hat Großsiedlungen als integrationsfeindlich abgelehnt und mehr Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten gefordert. Dennoch rief sie von Beginn an dazu auf, die Volksinitiative nicht zu unterstützen, nicht zu unterschreiben



**Containerunterbringungen und Zeltstädte verhindern das Zusammenkommen mit Alt-Hamburger/innen und führen zu Spannungen unter denjenigen, die dort untergebracht sind. Zelte und Baumärkte sind für uns auch als Notlösungen nicht akzeptabel. Also müssen so viele Wohnungen und wohnungsähnliche Unterkünfte wie möglich gebaut werden.**

und nicht mit „Ja“ zu stimmen. Kern der Ablehnung der LINKEN ist eine einfache Rechnung: Käme wirklich durch, was die Initiative fordert, nämlich ein Mindestabstand zwischen Flüchtlingsunterbringungen, dann bedeutete dies für eine ganze Reihe bereits bestehender (und dringend benötigter) Unterkünfte das Aus. Von derzeit 9.000 Plätzen in Wandsbek fielen fast zwei Drittel weg, in Altona blieben von 6.870 Plätzen gerade mal 1.600 übrig. Allein diese beiden

Bezirke müssten für über 11.000 Geflüchtete neue Plätze schaffen!

Dass genau dies, ein Abbau von Unterkunftsplätzen und letztlich die Abschreckung von Neuzuwanderlingen, das Ziel der Initiator/inn/en ist, lässt sich nicht nachweisen. Tatsache ist aber, dass zu den Unterschriftensammler/innen auch notorische Rechte gehörten. Ihr Engagement für die Volksinitiative zeigt, wie oberflächlich das Anliegen der Initiative ist und dass sich am Ende fremden-

werden. Weltweites Aufsehen erregt hat unser Sieg beim Volksentscheid über die Olympia-Bewerbung. Was uns besonders freut: Beide Entscheidungen trafen die Hamburger/innen gegen millionenschwere Lobbykampagnen, die von Konzernen und Reichen unterstützt

wurden. Nun stehen wieder zwei große Entscheidungen an, und wieder engagieren wir uns beim Meinungsstreit um das richtige Ankreuzen. Und hoffen, dass wir wieder gemeinsam erfolgreich werden.

feindliche Gruppen die Gelegenheit nicht nehmen lassen werden, „gegen Ausländer“ insgesamt vorzugehen.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, das Ziel einer menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen auch ohne Volksentscheid durchzusetzen. Die Aufnahme von Schutzsuchenden ist ein Kraftakt, den wir nur gemeinsam schultern können (und müssen). Dieser Volksentscheid aber spaltet. Er ist nicht nur falsch, er ist gefährlich.

# “SANKTIONSFREI”

## INGE HANNEMANN KÄMPFT GEGEN HARTZ IV



**Einen Termin verpasst, ein Job-Angebot abgelehnt? Das kann für Hartz-IV-Empfänger/innen böse enden. Jobcenter sanktionieren schnell und kürzen Geldleistungen. Das Problem: Viele Betroffene wissen gar nicht, was sie falsch gemacht haben. Oder, dass viele der Sanktionen gar nicht rechtens sind. Inge Hannemann (Foto Mitte) ist**

**arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Jahrelang hat sie selbst im Jobcenter gearbeitet und das Hartz-IV-System von innen kennengelernt. Mit der kostenlosen Internetplattform [www.sanktionsfrei.de](http://www.sanktionsfrei.de) will sie Betroffenen nun ganz konkret helfen.**

**Backbord:** „Sanktionsfrei“ will Hartz IV-Empfänger/innen dabei unterstützen, sich gegen die Jobcenter-Bürokratie zur Wehr zu setzen. Wie soll das gehen?

**Inge Hannemann:** Wer von Sanktionen betroffen ist, wird diese künftig durch unsere Anwälte rechtlich überprüfen lassen können, zum Beispiel auf Formfehler seitens der Jobcenter. Die Betroffenen können selbst entscheiden, wie weit unsere Hilfe gehen soll – von der Unterstützung, ein Widerspruchsschreiben aufzusetzen bis hin zu anwaltlicher Hilfe. Wenn gewünscht, übernehmen wir die Kommunikation mit dem Jobcenter. Außerdem wollen wir durch Online-Beratung Betroffenen einen niedrigschwelligen Zugang zu Informationen bieten. Es soll die Möglichkeit geben, Jobcenter-Formulare online auszufüllen. Über Plausibilitätsprüfungen und begleitende Fragen und Hilfetexte können dann bestimmte Fälle, die wahrscheinlich zu Problemen mit den Jobcentern führen, früh

erkannt werden. Durch die Anonymität im Internet wollen wir eine Hemmschwelle nehmen.

**Backbord:** “Sanktionsfrei” wurde durch Crowdfunding finanziert, durch eine Vielzahl von Kleinspenden also. 75.000 Euro sind auf diese Weise zusammengekommen. Wie geht es nun weiter?

**Inge Hannemann:** Wir sind gerade dabei, die Onlineplattform zu programmieren, die allerdings zunächst erprobt werden muss und dann Schritt für Schritt erweitert wird. Wir erwarten, dass die voll funktionsfähige Version im Herbst fertig sein wird.

**Backbord:** Warum ist ein Projekt wie „Sanktionsfrei“ überhaupt nötig?

**Inge Hannemann:** Weil sich viel zu wenige Menschen gegen Sanktionsbescheide wehren. Das zeigen allein die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit. Die eigenen Rechte sind den Menschen oft nicht bekannt, weil die Jobcenter darüber kaum informieren – die rechtliche Komplexität ist so hoch, dass sich viele gar nicht an den Widerspruch oder die Klage trauen. Die vielen Formfehler in den Sanktionsbescheiden zeigen, dass sich noch nicht mal die Jobcenter richtig auskennen.

**Backbord:** Die harte Sanktionspraxis basiert auf der Annahme, dass Menschen mit Druck und Bestrafung auf den richtigen Weg gebracht werden können. Kann dieser Ansatz überhaupt funktionieren?

**Inge Hannemann:** Ganz klar: Nein. Druck erzeugt Gegendruck. Meine Erfahrungen bestätigen das. Junge Menschen habe ich durch Sanktionen verloren. Einige resignieren, passen sich an und ein paar wenige gehen in den Widerstand. Dass man mündige Bürger/innen bestrafen darf, ist eine Farce. Aus diesem Grund gehören Sanktionen nicht in eine Behörde, die eigentlich helfen oder vermitteln sollte. Ich finde es makaber, dass ein zugesichertes Existenzminimum weiter gekürzt werden darf.



## NEUE BÜROS IN HARBURG, BERGEDORF UND BARMBEK

**Im Wahlkampf hatten wir es bereits angekündigt: Neue Wahlkreisbüros sollen DIE LINKE in Stadtteilen, die nicht gerade beim Rathausmarkt um die Ecke liegen, besser verankern. Die Abgeordneten Deniz Celik (Barmbek, Foto), Stephan Jersch (Bergedorf) und Sabine Boeddinghaus (Harburg) haben deshalb Büros in ihren jeweiligen Stadtteilen eröffnet, die allen Bürger/inne/n zur Kontaktaufnahme offen stehen.**

### HARBURG:

Wallgraben 24  
21073 Hamburg  
Öffnungszeiten:  
Di. 11-13 Uhr und  
Do. 13-15 Uhr

### BERGEDORF:

Weidenbaumsweg 19  
21029 Hamburg  
Öffnungszeiten:  
Mo. 12-15 Uhr, Di. 8-10 Uhr und  
Fr. 10-12 Uhr

### BARMBEK:

Drosselstraße 1  
22305 Hamburg  
Öffnungszeiten:  
Mo.-Mi. 10-18 Uhr und  
Fr. 10-16 Uhr

**LINKS IN DEN STADTTEILEN:**

## IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft  
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 - 42831-2250

E-Mail: [info@linksfraktion-hamburg.de](mailto:info@linksfraktion-hamburg.de) • Web: [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)  
Twitter: [twitter.com/linksfraktionhh](https://twitter.com/linksfraktionhh) • Facebook: [fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg](https://fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg)

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg

Gestaltung: Karin Desmarowitz • [www.karindesmarowitz.de](http://www.karindesmarowitz.de)

Fotos: Karin Desmarowitz (Titel: alle, Seite 2: Editorial, Seite 3: Schule, Seite 4-5: alle, Seite 6: Ganztagschule | Die Linke (Seite 8: Büro Barmbek) | Initiative Guter Ganzttag (Seite 6: Anmeldung der Volksinitiative) | pixabay (Seite 2-3: Umweltschutz, Wohnungsbau, Steuerflucht, Waffenexporte, Jugendhilfe) | Norbert Reimer/CC BY-NC-SA 3.0 (Seite 2: Soziale Spaltung) | Sanktionsfrei/Chris Grodotzki (Seite 8: oben) | Stille Landschaften (Seite 6: Flüchtlingsunterkunft) | Herman Van Rompuy/CC BY-NC-SA 3.0 (Seite 2: Prestigeobjekte)

